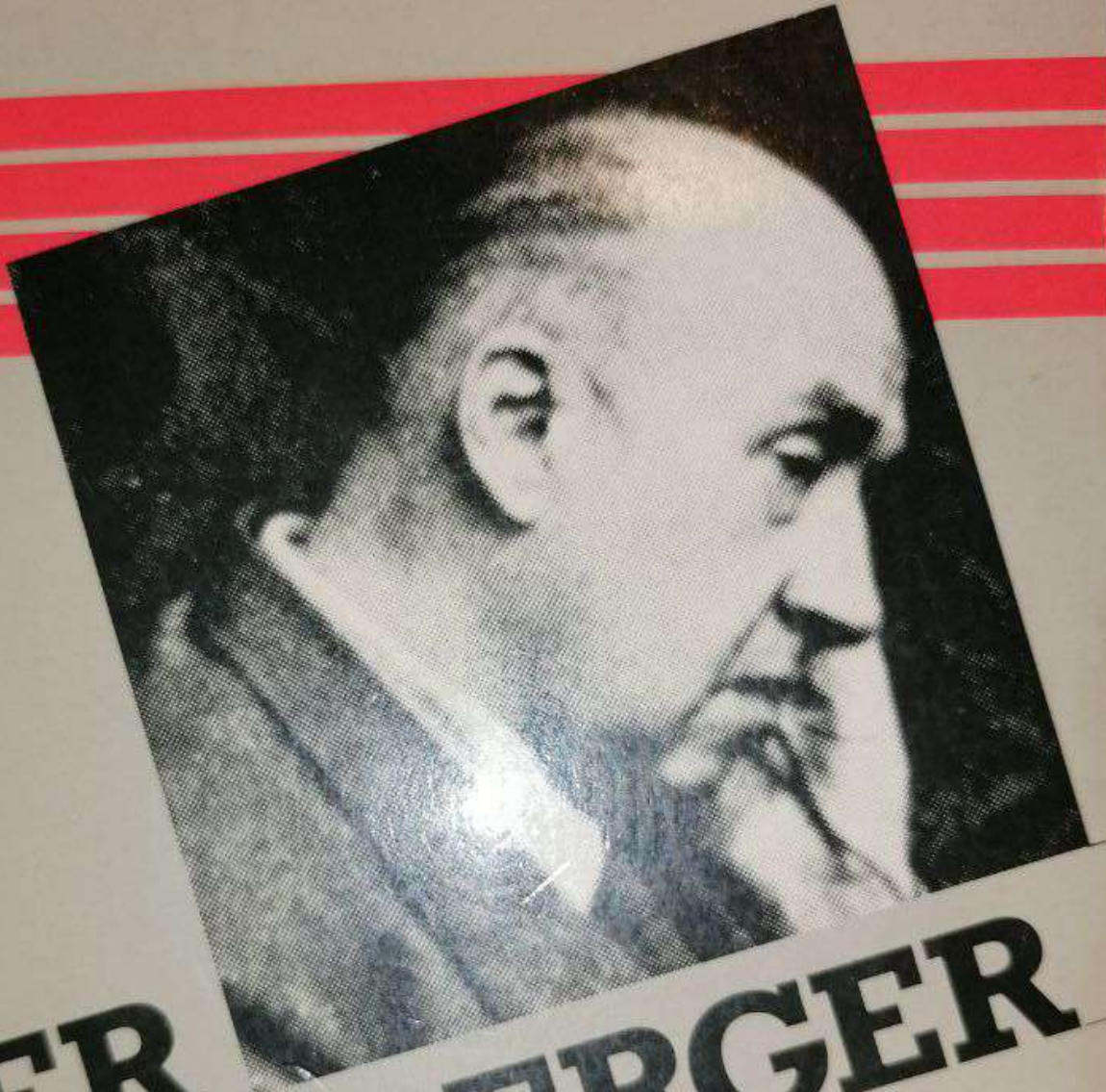


Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg



DER NÜRNBERGER PROZESS

Dokumentation ■ Bilder ■ Zeittafel

DELPHIN

1918

8. Jan. Der Präsident der USA, Woodrow Wilson, richtet an den amerikanischen Kongreß eine Friedensbotschaft, in der er 14 Punkte für die künftige Friedensregelung vorschlägt (u.a. Freiheit der Schifffahrt, Beseitigung wirtschaftlicher Schranken zur Erleichterung des Handels, wechselseitige Garantien zur Beschränkung der Rüstungen, Regelung der kolonialen Fragen unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Völker, Räumung der besetzten Gebiete, Gelegenheit zur autonomen Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns, Völkerbund).

19. Febr. Friedensresolution der Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstags (Programm Erzberger: Annexionsloser Frieden).

29. Sept. Die Oberste Heeresleitung fordert unverzüglichen Erlaß eines Waffenstillstands- und Friedensangebotes unter Annahme der »14 Punkte«.

30. Sept. Reichskanzler Graf Hertling wendet sich gegen von Kaiser Wilhelm II. zugestandene Parlamentarisierung und tritt zurück. Nachfolger Prinz Max von Baden.

3./4. Okt. Waffenstillstandsangebot an Wilson, das am 9. mit der Forderung nach Annahme der 14 Punkte und Räumung der besetzten Gebiete beantwortet und von der Reichsregierung nach einigem Notenwechsel am

27. Okt. angenommen wird. Generalfeldmarschall von Hindenburg verbleibt auf Wunsch des Kaisers als Führer des Feldheeres auf seinem Posten, während General Ludendorff den am 26. Oktober erbetenen Abschied erhält.

28. Okt. Vollzug der Verfassungsänderung. (Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags; Einführung der parlamentarischen Demokratie.)

3. Nov. Aufstand der Matrosen in Kiel als Folge von Gehorsamsver-

weigerungen, nachdem am 28./29. Oktober der Befehl zum Auslaufen der Flotte zum Kampf gegen die britische Flotte gegeben worden war. Am 4. Kiel, am 5. Lübeck und am 6. Hamburg von Aufständischen beherrscht.

7. Nov. Revolution in Nordwestdeutschland und Bayern (8. Nov. Ausrufung des Freistaates Bayern).

8. Nov. Die deutsche Waffenstillstandskommission unter Führung von Staatssekretär Erzberger wird im Wald von Compiègne durch Marschall Foch empfangen. Er legt harte Bedingungen vor, die innerhalb 72 Stunden anzunehmen seien, u.a. Fortdauer der Hungerblockade. Der deutsche Vorschlag auf sofortige Einstellung der Feindseligkeiten wird abgelehnt. Oberste Heeresleitung weist die Kommission an, Erleichterungen in mehreren Punkten zu erstreben, falls dies nicht möglich, »trotzdem abzuschließen«.

9. Nov. 12 Uhr Ablauf des sozialdemokratischen Ultimatums, das die Abdankung des Kaisers fordert. Nachdem um 11 Uhr ein Fernspruch aus dem Hauptquartier Spa den Kanzler wissen läßt, daß sich der Kaiser zur Abdankung entschlossen habe, gibt Max von Baden vor Eintreffen der genauen Formulierung den Thronverzicht bekannt; kurz darauf ruft der Abgeordnete Scheidemann von der Treppe des Reichstags die Republik aus. Der Abgeord-

nete Ebert übernimmt die Geschäfte des Reichskanzlers. Ebert, im Bestreben, die Monarchie zu retten, bittet erfolglos Prinz Max, als Reichsverweser zu bleiben. (Rat der Volksbeauftragten als sechsköpfige Regierung.)

10. Nov. Kaiser Wilhelm II. geht ins Exil nach Holland. Umwandlung der deutschen Monarchie in Freistaaten.

11. Nov. Unterzeichnung des Waffenstillstands.

12. Nov. Wirtschaftsgesetzgebung der Volksbeauftragten: Achtstundentag, Erwerbslosenunterstützung. Die österr. Nationalversammlung erklärt den Anschluß an das Deutsche Reich.

28. Nov. Thronverzicht Wilhelms II. (1. Dez. Thronverzicht des Kronprinzen Wilhelm.)

16.-20. Dez. Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin spricht sich für die Wahl einer Nationalversammlung aus.

Partei Gründungen

15. Nov. Demokratische Partei (liberal-republikanisch, frühere Anhänger der Fortschrittlichen Volkspartei und Linksliberale der Nationalliberalen Partei). Bayer. Volkspartei (kath.-konservativ, königstreu) vom Zentrum abgespalten.



Spartakisten-Aufstand in Berlin wird durch Regierungstruppen niedergeschlagen

22. Nov. Deutschnationale Volkspartei (konservativ, berücksichtigt zwar die neuen Verhältnisse, doch grundsätzlich für die Monarchie).

18. Dez. Deutsche Volkspartei (rechter Flügel der früheren Nationalliberalen Partei, zahlreiche Anhänger für parlamentarische Monarchie).

31. Dez. Kommunistische Partei Deutschlands, hervorgegangen aus dem Spartakusbund, einer 1917 gegründeten radikalsoz.-umstürzlerischen Bewegung unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Während des Januaraufstandes werden sie auf dem Transport zum Untersuchungsgefängnis ermordet.

1919

5.-13. Jan. Spartakusaufstand in Berlin.

5. Jan. Gründung der Deutschen Arbeiterpartei, der sich Adolf Hitler am 16. 9. 1919 anschließt.

19. Jan. Wahlen zur Nationalversammlung (163 SPD, 91 Zentrum, 75 Demokraten, 44 Deutschnationale, 19 Dt. Volkspartei, 22 USPD, 7 Sonst.)

Frauenwahlrecht eingeführt.

6. Febr. Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar.

11. Febr. Ebert wird von der Nationalversammlung zum Reichspräsidenten gewählt.

13. Febr. Scheidemann wird Reichskanzler.

27. Febr. Gesetz über Schaffung der Reichswehr.

März-Mai. Unruhen und Streiks. Kurt Eisner (Bayer. Minister-Präsid.) am 21. 2. 1919 ermordet, Räterepublik in Bayern ausgerufen, Terror in Sachsen und Thüringen, Streiks im Ruhrgebiet, dort von Severing mit Hilfe der Regierungstruppen und Freikorps niedergeworfen, Regierungstruppen stellen in Braunschweig, München und andernorts wieder die Ordnung her. Generalstreik in Stuttgart.

22. Juni Nationalversammlung billigt Friedensvertrag unter Vorbehalten. Frankreichs Ministerpräsident Georges Clemenceau, Vorsitzender der Versailler Friedenskonferenz, verlangt bedingungslose Annahme binnen 24 Stunden.

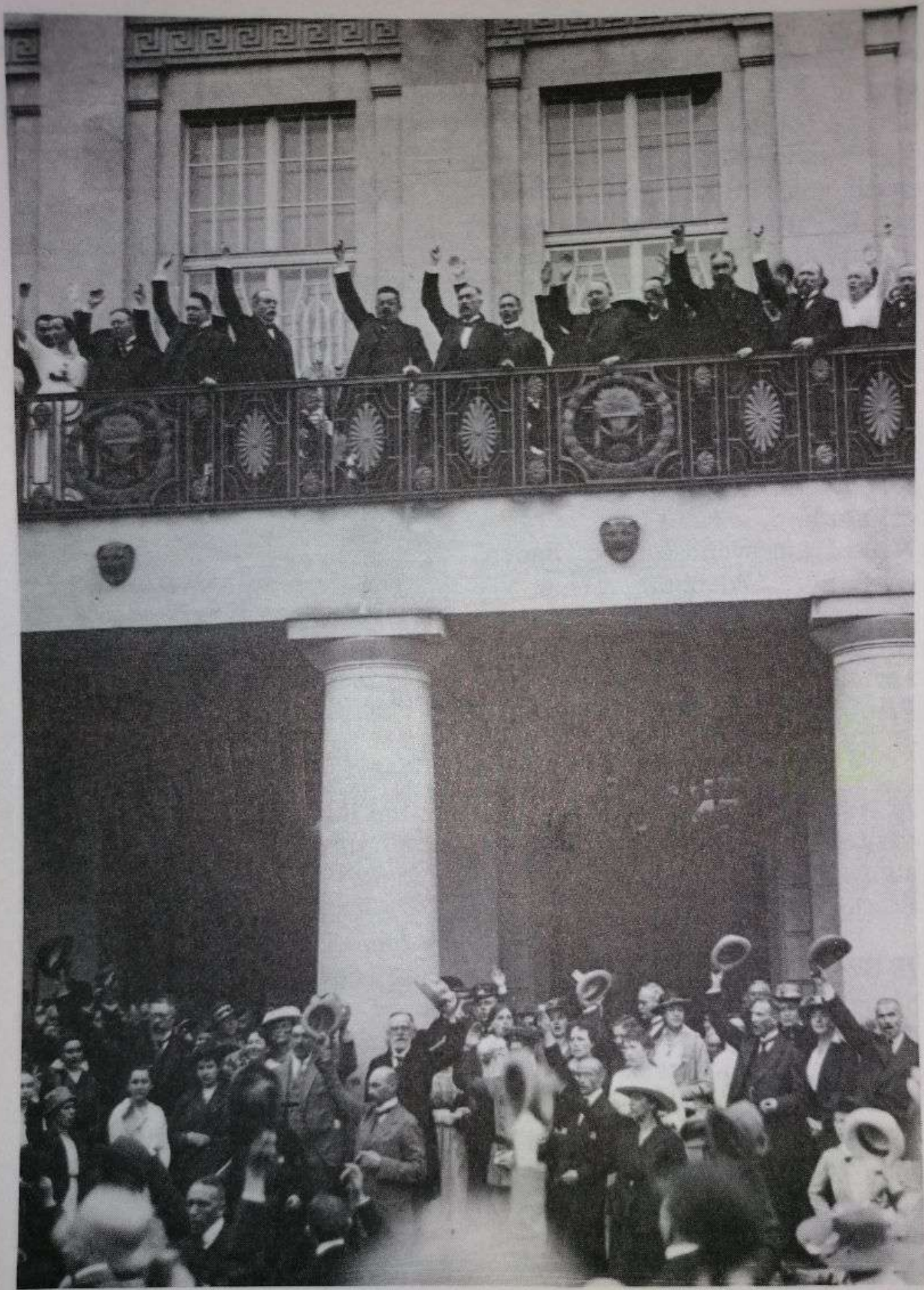
23. Juni Annahme des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung.

28. Juni Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal zu Versailles durch die Mitglieder der Reichsregierung Hermann Müller und Dr. Bell. (Außenminister und Delegationsführer Graf Brockdorff-Rantzau war mit Reichskanzler Scheidemann, Minister Preuß u.a. zurückgetreten, da er in der Nationalversammlung keine Mehrheit

für eine Ablehnung fand.) Wesentlicher Inhalt: Abtretung von Elsaß-Lothringen, fast ganz Posen und Westpreußen, Hultschin, Eupen-Malmedy, Memel; Danzig wird Freie Stadt, Kolonien werden Völkerbundsmandate. Abstimmungen werden vorgesehen für das Saargebiet, Oberschlesien, Nordschleswig, Marienwerder und Allenstein. 100 000-Mann-Heer ohne schwere Waffen und Luftflotte, entmilitarisierte Zone westlich und 50 km östlich des Rheins, Kriegsschuld der Deutschen, Forderung nach Auslieferung des Kaisers (der sich Holland widersetzt), Reparationen (Naturalien und bis Mai 1921 vorerst 20 Milliarden Goldmark), Besetzung des linken Rheinufer mit den Brückenköpfen auf Kosten des Deutschen Reiches.

In den sogen. Pariser Vorortverträgen werden den anderen Mittelmächten die Friedensbedingungen übergeben: Österreich (St. Germain 2. 6. 19), Ungarn (Trianon 2. 6. 19), Bulgarien (Neuilly 18. 9. 19) und Türkei (Sèvres 18. 9. 19).

31. Juli Annahme der Reichsverfassung mit 262 gegen 75 Stimmen durch die Nationalvers. Parlamentarische, demokrat. Republik. Volkswille wird wirksam durch Wahlen von Abgeordneten zum Reichstag (Verhältniswahl) oder in Volksbegehren, Volksentscheiden und in der direkten Volkswahl des Reichspräsidenten. Reichspräsident ernannt und entläßt Reichskanzler und dessen Minister. Sturz der Re-



*Weimar 1919.
Nach der Vereidigung des ersten deutschen Reichspräsidenten,
Friedrich Ebert, ein »Hoch« auf die Republik*

gierung durch Mehrheitsbeschluß des Reichstages möglich. Länder sind im Reichsrat vertreten, durch den sie bei der Gesetzgebung und Verwaltung mit geringeren Vollmachten als im Kaiserreich mitwirken. Reichspräsident befiehlt Heer und Flotte, kann bei Gefährdung der öffentl. Sicherheit und Ordnung nach Art. 48 d. Verf. ohne Reichstag Gesetze als **Notverordnungen** erlassen.

11. Aug. Unterzeichnung der Reichsverfassung (Verfassungstag), die am 14. 8. in Kraft tritt.

Neue Landesverfassungen: Baden (21. 3. 19), Oldenburg (17. 6. 19), Bayern (14. 8. 19), Württemberg (25. 9. 19), Hessen (12. 12. 19), Lübeck (23. 5. 20), Sachsen (1. 11. 20), Preußen (30. 11. 20), Hamburg (7. 1. 21).

18. Aug. Anerkennung der Forderung Clemenceaus nach Verzicht auf Anschluß Österreichs durch den Reichstag.

18. Nov. Hindenburg erklärt vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Klärung der Ursachen des Zusammenbruchs: »Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises.« Mit dieser von ihm und Ludendorff verbreiteten These wird die unheilvolle »Dolchstoßlegende« formuliert, die späterhin das innenpolitische Klima nachhaltig beeinträchtigt.



Der Dolchstoß.

*Titelblatt der nationalistischen
»Süddeutschen Monatshefte«*

1920

10. Jan. Inkrafttreten des Versailler Vertrages und der Völkerbundsatzung.

16. Jan. Der Völkerbund nimmt seine Tätigkeit in Genf auf.

13.-17. März Kapp und General v. Lüttwitz, vom Freikorps Brigade Ehrhardt unterstützt, bilden in Berlin eine Gegenregierung. Reichsregierung geht nach Dresden, dann nach Stuttgart. Generalstreik und Loyalität der Beamten lassen den Putsch scheitern.

März/April Kommunistische Unruhen in Mitteldeutschland (Max

Hölz) und im Ruhrgebiet, wo etwa 80 000 Mann Rote Armee zeitweise das gesamte Revier besetzen. Reichswehrminister Noske läßt Reichswehr einrücken, was Frankreich als Verletzung des Versailler Vertrages mit der Besetzung Frankfurts und des Maingaus beantwortet.

9. April Repräsentantenhaus der USA beschließt Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland, nachdem der Senat am 19. 3. die Ratifikation des Versailler Vertrages verweigert hatte. *Interessant*

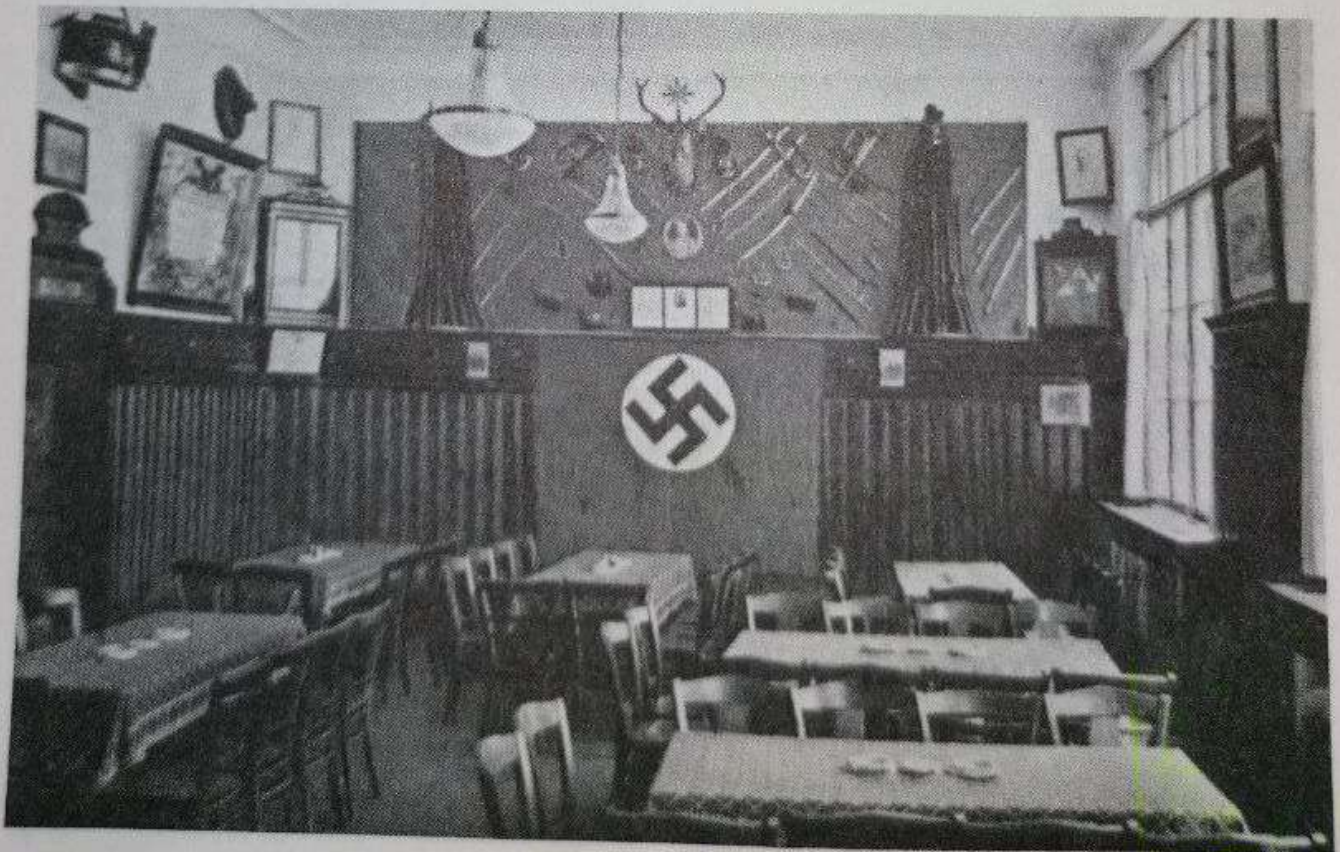
6. Juni Wahlen zum 1. Reichstag: SPD 102, USPD 84, DNVP 71, DVP 65, Zentrum 64, Dt. Demokr. P. 39, Bayer. VP 21, KPD 4, sonst. Parteien 9 Mandate.

5. Juli Beginn der ersten Nachkriegskonferenz, an der Deutschland vertreten ist, in dem bei Lüttich gelegenen Badeort Spa.

Reparationsfrage konnte zwar nicht endgültig geregelt, doch der sogen. Spa-Schlüssel aufgestellt werden, demzufolge Frankreich 52%, England 22%, Italien 10%, Belgien 8% und die übrigen Staaten 8% der künftigen deutschen Zahlungen erhalten sollten.

11. Juli Abstimmung in Ost- und Westpreußen: 97% für Deutschland.

8. Aug. Gründung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) aus der Deutschen Arbeiterpartei (DAP).



Gründungsraum der NSDAP im Münchner Sterneckerbräu

20. Sept. Völkerbundrat spricht Eupen und Malmédy Belgien zu.

16. Okt. Spaltung der USPD. Die Mehrheit tritt zur KPD über.

15.-22. Dez. Brüsseler Sachverständigenkonferenz: Deutschland soll 263 Milliarden in 42 Jahren als Reparation zahlen.

1921

24.-29. Jan. Pariser Konferenz der Alliierten: 226 Milliarden in 42 Jahren bis 1963 als Reparationsleistungen gefordert.

15. März Besetzung von Duisburg-Ruhrort und Düsseldorf durch französische Truppen, da Reparationsgegendvorschläge Deutschlands als unzumutbar abgelehnt werden. Anschließend Absperrung des Rheinlandes durch eine Zollgrenze, die erst nach Annahme eines Ultimatums, das die Zahlung von 132 Milliarden vorsah, und Zahlung der ersten Milliarde aufgehoben wurde.

22. März Polnischer Einfall in Oberschlesien, das sich 2 Tage zuvor für Deutschland entschieden hat. Freikorpskämpfe (Annaberg, 23. 5.)

5. Mai Londoner Ultimatum: Die Alliierten fordern schnelle Entwaffnung Deutschlands, Anerkennung der Zahlungsbedingungen für die

festgesetzten 132 Milliarden Goldmark Reparationen und die unverzügliche Aburteilung der Kriegsverbrecher. Im Fall der Nichtanerkennung wird für den 12. 5. die Besetzung des Ruhrgebiets angedroht. Kabinett Fehrenbach tritt zurück. Das Kabinett Wirth nimmt am 11. 5. 1921 das Ultimatum an. (Diese Tatsache trägt seinem Kabinett den Vorwurf der »Erfüllungspolitik« auf seiten der Rechtsparteien ein.)

29. Juli Hitler wird Vorsitzender der NSDAP.

25. Aug. Die USA schließen Friedensvertrag mit dem Deutschen Reich, der am 11. 11. 1921 in Kraft tritt.

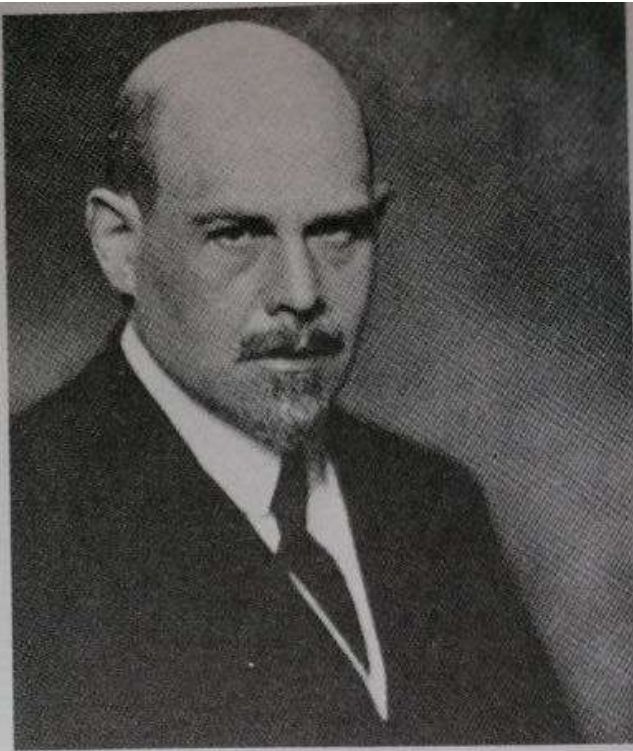
26. Aug. Erzberger durch die Angehörigen der von Kapitän Ehrhardt geleiteten »Organisation Consul« Schulz und Tillessen ermordet.

20. Okt. Teilung Oberschlesiens, gegen die Reichskanzler Wirth durch Rücktritt vergeblich protestiert.

16. Dez. Aufhebung des Ausnahmezustands in Deutschland.

1922

16. April Vertrag von Rapallo: Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, letzteres verzich-



Fememordopfer Erzberger (links) und Rathenau

tet auf Ersatz der Kriegsschäden, gegenseitige Meistbegünstigung bei Handelsverträgen.

24. Juni Rathenau, der sich als Wiederaufbau- und Außenminister große Verdienste erworben hat, u.a. Vertrag von Rapallo, wird auf der Fahrt ins Auswärtige Amt von Mitgliedern der »Org. Consul« ermordet.

21. Juli Gesetz zum Schutz der Republik (von Bayern abgelehnt). Bildung des Staatsgerichtshofes.

24. Sept. Zusammenschluß der SPD mit der USPD in Nürnberg auf Vorschlag der SPD zur verstärkten gemeinsamen Abwehr republikfeindlicher Angriffe.

24. Okt. Ebert mit 314 gegen 76 Stimmen bis zum 30. 6. 1925 zum Reichspräsidenten gewählt.

2. Sept. Ebert erklärt das »Deutschlandlied« zur Nationalhymne.

2.-7. Nov. Internationale Sachverständigenkonferenz in Berlin über die deutsche Währungslage. Deutschland hatte bereits am 12. 7. um Stundung nachgesucht, da die Inflation weiterschritt und pünktliche Zahlungen nicht mehr ohne Kredite garantiert werden konnten. Poincaré widersetzt sich dem deutschen Wunsch und drängt auf Eintreibung.

Wert der Goldmark: Jan. 1919 = 1,95, Jan. 1920 = 15,43, Jan. 1922 = 45,69, Dez. 1922 = 1807,83 Papiermark oder $\frac{1}{10.000}$ eines Dollars.

1923

11. Jan. Einmarsch ins Ruhrgebiet auf Betreiben Poincarés.

19. Jan. Anweisung der Reichsregierung zum passiven Widerstand (Reichskanzler Cuno). Amerikaner ziehen aus Protest gegen Frankreichs Vorgehen ihre Truppen zurück.

15. Febr. Die Botschafterkonferenz überträgt Litauen die Souveränität über das Memelgebiet, in das litauische Truppen bereits am 10. 1. 1923 eingerückt waren.

21. März Französische Eisenbahnregie im besetzten Gebiet.

31. März Blutbad in Essen bei der Besetzung der Krupp-Werke. Bevölkerung des Ruhrgebietes geht zu aktivem Widerstand über. Die Situation wird aufs äußerste gespannt.

1.-2. Sept. »Deutscher Tag« in Nürnberg, in dessen Verlauf die NSDAP und Freikorps mit Staatsstreichabsichten den »Deutschen Kampfbund« gründen.

26. Sept. Abbruch des passiven Widerstandes (Reichskanzler Stresemann). Die Ruhrindustriellen schließen ein Abkommen mit der Kontrollkommission (Micumverträge). Die im Rheinland entstandenen separatistischen Bewegungen scheitern am Widerstand der Bevölkerung.



*Französischer Wachtposten
im Ruhrgebiet*

8. Nov. Hitler proklamiert »deutsche Nationalregierung« in München unter seiner Führung.

9. Nov. Zusammenbruch des Hitler-Putsches vor der Feldherrnhalle in München. Ludendorff gibt sich gefangen, während Hitler flieht, aber zwei Tage später in einem Landhaus bei München entdeckt und verhaftet wird.

20. Nov. Stabilisierung der Reichsmark, 1 US-Dollar = 4,2 Billionen

Papiermark. (Am 15. war die Rentenmark ausgegeben worden und ab 16. jeder Druck von Papiermark und Notgeld eingestellt worden.)
 Treibende Kraft zu dieser die Währung wiederherstellenden Entwicklung war Reichsfinanzminister Dr. Luther, der den Ausgleich des Reichshaushaltes binnen kürzester Zeit durchführte und am 12. 1. Schacht zum Wahrungskommissar berufen ließ. Die Inflation hatte dem größten Teil des Bürgertums Verlust der Ersparnisse und Armut gebracht, zugleich auf lange Zeit das Vertrauen auf Spareinlagen erschüttert.

sitz des Amerikaners Dawes, unter dessen Namen im April das als »Dawes-Plan« bezeichnete Gutachten veröffentlicht wird (Deutschland soll 1 Milliarde Goldmark im ersten Jahr zahlen, die Quote soll in 6 Jahren bis auf 2,5 Milliarden steigen. Sicherheit durch deutsche Eisenbahnen. Dauer der Zahlungen unbestimmt, aber Kontrolle eines »Reparationsagenten«, der nicht mehr an die Gläubiger auszahlen dürfe, als die deutsche Ausfuhr die Einfuhr übersteige).

Der Dawes-Plan wird am 28. 8. 24 vom Reichstag angenommen, tritt am 1. 9. in Kraft.

1924

14. Jan. Beginn einer Sachverständigenkonferenz in Berlin unter Vor-

22. Febr. Gründung des »Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold«, republikanischer Verband, der sich als »Bund Deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner« bezeichnet.



Eine Billion Mark - Höhepunkt der Inflation



*Hitlers »Mein Kampf«.
Von den Zeitgenossen nicht ernstgenommene programmatische Grundlage
der NSDAP*

Gründer die sozialdemokratischen Politiker Hörsing und Höltermann.

1. April Hitler zu 5 Jahren Festung verurteilt. Während der Haft in Landsberg entsteht der erste Band des Bekenntnisbuches »Mein Kampf«.

20. Dez. Hitler amnestiert.

1925

2. Febr. Neugründung der NSDAP, die am 23. 11. 1923 verboten worden war.

28. Febr. Tod des Reichspräsidenten Ebert.

29. März Erster Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl: Jarres (Kandidat des »Reichsblocks« der Rechtsparteien) 10,4 Mill., Braun (Kandidat der SPD) 7,8 Mill., Marx (Kandidat des Zentrums) 3,9 Mill., Thälmann, Vorsitzender der KPD 1,8 Mill., Hellpach (Kandidat der Demokraten) 1,5 Mill. Stimmen. Weitere Kandidaten der bayerische Ministerpräsident Held (BVP) und General Ludendorff.

26. April Zweiter Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl: von Hindenburg (Kandidat des »Reichsblocks« = DNVP, DVP, BVP und Bayer. Bauernbund) 14,7 Mill., Marx (Kandidat des »Volksblocks«

= SPD, Zentrum u. Demokraten) 13,8 Mill., Thälmann 1,9 Mill. Stimmen. Hindenburg tritt sein Amt am 12. 5. an.

31. Juli Räumung des Ruhrgebiets beendet.

5.-16. Okt. Konferenz von Locarno: Rheinpakt zwischen Deutschland, Frankreich, England, Belgien und Italien, der die Unverletzbarkeit der Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich sowie Belgien garantiert, unwiderruflicher Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmédy. (Deutsche Vertreter Reichskanzler Luther und Reichsaußenminister Stresemann.) Locarnovertäge werden im Reichstag am 3. 11. mit 291 gegen 174 Stimmen angenommen (Gegner vor allem die Rechtsparteien).

29. Nov. Abschluß der Aufwertungsgesetzgebung (Wiederaufbau der Wirtschaft, Eindringen ausländischen Kapitals).

1926

31. Jan. Räumung der ersten besetzten Rheinland-Zone (Köln).

27. März Aufhebung des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik.

10. Sept. Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

1927

13. Mai »Schwarzer Freitag« an den deutschen Börsen.

1928

28. Juni Bildung des Kabinetts Müller als Große Koalition mit Mitgliedern der SPD, DVP, DDP, BVP und des Zentrums.

27. Aug. Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris durch 15 Nationen, denen sich später 45 weitere (darunter UdSSR) anschließen. Nach dem diesem Vertrag zugrundeliegenden Plan Kelloggs (Amerik. Staatssekretär des Äußeren) sollte künftig der Angriffskrieg geächtet sein und intern Streitigkeiten im Wege der Schiedsgerichtsbarkeit beigelegt werden. Beitritt Deutschlands 25. 7. 29.

1929

11. Febr. Zusammentritt des Young-Ausschusses in Paris (benannt nach dem amerik. Wirtschaftler Young), Deutschland soll jährlich durchschnittlich 2 Milliarden auf 37 Jahre zahlen. Uneinigkeiten der Vertragspartner über Aufteilung führte zu weiteren Verhandlungen im Haag (6.-31. 8.), seit September in Kraft, ergänzt durch 2. Haager Konferenz (Jan. 1930).

6. Mai Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der im Juli 1924 als Wehrverband der KPD gegründet worden war. Mitgl.: Arbeiter über 23 Jahre, für 16-23jährige: Rote Jungfront. Beide Organisationen hatten 215 000 Mitglieder. Nach dem Verbot illegale Weiterarbeit.

14. Juni Preußisches Konkordat.

27. Juni Reichstag lehnt nochmalige Verlängerung des Republikenschutzgesetzes ab.

3. Okt. Tod Stresemanns.

28. Okt. Börsenkrach in New York: Ausbruch der Weltwirtschaftskrise.

3. Nov. Das Volksbegehren der »Nationalen Einheitsfront« Hugenburgs und Hitlers gegen den Young-Plan erreicht die nötige Mindeststimmzahl. Der Volksentscheid scheidet aber am 22. 12. 1929.



*»Schwarzer Freitag« in New York.
Ausbruch der Weltwirtschaftskrise*

30. Nov. Räumung der 2. Rheinlandzone (Koblenz).

21. Dez. Hilferding tritt als Reichsfinanzminister zurück, die Zahl der Arbeitslosen wächst enorm und damit die Ausgaben für Sozialleistungen, während das Steueraufkommen zurückgeht. Starke Meinungsverschiedenheiten über grundsätzliche finanz- und sozialpolitische Fragen führen zu schwerer Krise.

1930

3.-20. Jan. 2. Haager Reparationskonferenz: 115 Milliarden Goldmark in 59 Jahresraten hat Deutschland zu zahlen.

7. März Schacht tritt als Präsident der Reichsbank zurück. Nachfolger Luther.

18. März Annahme eines neuen Republikschutzgesetzes (Gültig-

keitsdauer: 25. 3. 30 – 31. 12. 32,
durch Notverordnung des Reichs-
präsidenten am 19. 12. 32 außer
Kraft gesetzt).

27. März Rücktritt des Kabinetts
Müller. Ende der Großen Koalition.

30. März Bürgerliches Präsidial-
kabinettt Brüning.

5. Mai Denkschrift Briands über
die Organisation eines europäi-
schen Staatenbundes.

3. Juni Räumung der 3. und letz-
ten Zone des Rheinlandes.

3. Juli Gründung der »Kampfge-
meinschaft revolutionärer National-
sozialisten« (Schwarze Front) durch
Otto Strasser, (zunächst Sozialde-
mokrat, während des Kapp-Put-
sches Führer einer sozialdem. Hun-
dertschaft, kam 1925 durch seinen
Bruder Gregor zur NSDAP).

23. Juli Gründung der Konserva-
tiven Volkspartei.

27. Juli Gründung der Deutschen
Staatspartei (frühere Demokraten).

14. Sept. Reichstagswahlen zum 5.
Reichstag: SPD 143 Mandate (Ver-
lust 10), NSDAP 107 (Gewinn 95),
DNVP 41 (Verlust 32), KPD 77 (Ge-
winn 23), Zentrum 68 (Verlust 6).

1931

28. März Notverordnung zur Be-
kämpfung politischer Ausschreitun-
gen.

5. Juni Notverordnung zur Siche-
rung der Finanzen.

20. Juni Hoover-Plan: Einjähriges
Schuldenmoratorium für alle
öffentlichen internationalen Ver-
pflichtungen.

13. Juli Zusammenbruch der Da-
nat-Bank mit anschließendem
allgemeinen Bankenkrach, wirt-
schaftlichen Notverordnungen,
Kürzung der Arbeitslosenunterstüt-
zung.

11. Okt. Harzburger Tagung der
»Nationalen Opposition«: Nationa-
listen, Deutschnationale und Stahl-
helm.

16. Dez. SPD, die Gewerkschaften
und das Reichsbanner Schwarz-
Rot-Gold schließen sich zur »Eiser-
nen Front« gegen die Harzburger
bzw. »Nationale Front« zusammen,
Bildung der »Schutzformationen«
(Schufo) gegen die »Sturmabteilun-
gen« (SA) der NSDAP. (»Eiserne
Front« hat 1932 3,5 Mill. Mitglie-
der.)

1932

2. Febr. Eröffnung der Abrü-
stungskonferenz, an der 51 Staaten



NS-Wahlplakat 1932

teilnehmen, in Genf. Deutschland fordert u.a. nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung. Die Konferenz geht ergebnislos auseinander.

13. März 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl: Hindenburg kandidiert als Kandidat der Mitte und der SPD und erhält 18,65 Mill. Stimmen (= 49,6%), Hitler 11,34 Mill., Thälmann 4,98 Mill., Düsterberg (Stahlhelm) 2,55 Mill., Winter (Inflations-Geschädigte) 0,1 Mill.

10. April 2. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl: Hindenburg 19,36 Mill., (= 53%), Hitler 13,42 Mill., Thälmann 3,71 Mill. Stimmen.

13. April Die Notverordnung »zur Sicherung der Staatsautorität« verbietet SA und SS. (Reichskanzler von Papen hebt am 14. 6. 1932 das Verbot auf.)

3. Mai Alle militärähnlichen Verbände werden der Reichsaufsicht unterstellt.

12. Mai Groener tritt als Reichswehrminister zurück. Nachfolger General von Schleicher.

30. Mai Rücktritt Brüning's. Das Vertrauensverhältnis zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten war zerstört, dem Reichspräsidenten schwebte eine rechtsgerichtete Kabinettsführung vor.

1. Juni Ernennung von Papens zum Reichskanzler.

16. Juni Beginn der bis zum 9.7. tagenden Lausanner Reparationskonferenz: deutsche Schlußzahlung von 3 Milliarden Mark.

20. Juli Absetzung der preußischen Regierung Braun (Papens »Preußenschlag«).

31. Juli Wahlen zum 6. Reichstag: NSDAP 230 Mandate (Gewinn 123), SPD 133 (Verlust 10), KPD 89 (Gewinn 12), Zentrum 75 (Gewinn 7), DNVP 37 (Verlust 4), BVP 22 (Gewinn 3), DVP 7 (Verlust 23), Wirtschaftspartei 2 (Verlust 21), Dt. Staatspartei 4 (Verlust 16), Christl.-Soz. Volksdienst 3 (Verlust 11).

13. August Hitler lehnt den ihm von Hindenburg angebotenen Vizekanzlerposten ab.

14. Sept. Deutschland sagt seine weitere Teilnahme an der Abrüstungskonferenz ab, da seine Forderung nach Gleichberechtigung mit England und Frankreich nicht anerkannt wird. (Am 11. 12. 1932 entsprechen die Großmächte der deutschen Forderung, worauf Deutschland an den Verhandlungstisch zurückkehrt.)

6. Nov. Wahlen zum 7. Reichstag: NSDAP 196 (Verlust 34), SPD 121 (Verlust 12), KPD 100 (Gewinn 11), Zentrum 70 (Verlust 5), DNVP 52 (Gewinn 15), DVP 11 (Gewinn 4), BVP 20 (Verlust 2).

19.-23. Nov. Verhandlungen mit Hitler über Regierungsbildung.

3. Dez. General von Schleicher wird Reichskanzler.

1933

15. Jan. Wahlerfolg der NSDAP in Lippe, auf das die Partei ihre propagandistischen Anstrengungen konzentriert hatte.

28. Jan. Rücktritt Schleichers, dessen Verhandlungen mit den Gewerkschaften und der SPD erfolglos geblieben waren und nachdem der Reichspräsident die Erklärung des Staatsnotstandes und die Auflösung des Reichstages ohne baldige Neuwahlen abgelehnt hatte.



Mit einem Fackelzug durch Berlin feiern die Nationalsozialisten Hitlers Ernennung zum Reichskanzler

30. Jan. Hitler wird zum Reichskanzler ernannt.

1. Febr. Auflösung des Reichstages.

27. Febr. Reichstagsbrand.

28. Febr. Verordnung »zum Schutz von Volk und Staat«: Aufhebung der Freiheits-Grundrechte, Ermächtigung der Reichsregierung, anstelle von Landesregierungen Sicherheit und Ordnung ggf. wiederherzustellen.

5. März Wahlen zum 8. Reichstag: NSDAP 288, SPD 120, KPD 81, Zentrum 73, DNVP 52, BVP 19, Staatspartei 5, DVP 2 Mandate.

12. März Flaggenerlaß: Gleichberechtigung der schwarz-weiß-roten und der Hakenkreuzfahne anstelle der bisherigen schwarz-rot-goldenen Nationalfahne.

13. März Goebbels wird Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda.

21. März Tag von Potsdam. Der neue Reichstag konstituiert sich in der Potsdamer Garnisonkirche.

23. März Gegen die Stimmen der SPD nimmt der Reichstag das Ermächtigungsgesetz an, das Hitler für vier Jahre auch die gesetzgebende Gewalt überträgt. Ende der parlamentarischen Demokratie.

1. April Boykott jüdischer Geschäfte.

7. April 2. Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, Erlaß des Gesetzes »zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« mit dem berüchtigten Arierparagraphen, der vom Beamten den »arischen Nachweis« verlangt.

2. Mai Auflösung der Gewerkschaften, Besetzung der Gewerkschaftshäuser und zahlreiche Verhaftungen von Gewerkschaftlern und Verbringung in Konzentrationslager (»polizeilich beaufsichtigte und bewachte Unterkunfts-lager zur Feststellung von Personen, die das Aufbauwerk der Regierung gefährden«).

22. Juni Verbot der SPD (die KPD war bereits im Mai verboten worden). Die übrigen Parteien lösen sich zwangsweise selbst auf.

14. Juli Gesetz gegen die Neubildung von Parteien erlassen. NSDAP besteht als einzige Partei.

2. Juli Abschluß des Reichskonkordats.

22. Sept. Reichskulturkammergesetz. (Reichskulturkammer = berufsständische Organisation der Kulturberufe, Präsident Dr. Goebbels, unterstellt: Reichsschrifttumskammer, Reichspressekammer, Reichsrundfunkkammer, Reichstheaterkammer, Reichsmusikkam-

neu
1. Tag

es geht
wie
heute

obha
das war
der Groß
Liche Beunruh

nichtig
muss
wird
der
mein



Die »Mitarbeiter des Führers, aufgenommen am Tage seiner Ernennung zum Reichskanzler«, (NS-Originalunterschrift). Von links nach rechts: Oberpräsident Kube, Justizminister Kerrl, Minister Dr. Goebbels, Hitler, Stabschef Röhm, Ministerpräsident Göring, Minister Darre, Reichsführer SS Himmler, Führer-Stellvertreter Heß, vorn sitzend Minister Frick

mer, Reichskammer der bildenden Künste, Reichsfilmkammer. Politische Gleichschaltung des gesamten kulturellen Lebens.)

27. Sept. Die Nationalsynode der »Deutschen Evangelischen Kirche« (1933 erfolgter Zusammenschluß der 28 dt. Landeskirchen) beruft an Stelle des von der Regierung abgelehnten Pfarrers Friedrich v. Bodelschwingh den früheren Wehrkreispfarrer Müller, den Schirmherrn der »Deutschen Christen«, zum Reichsbischof.

19. Okt. Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

12. Nov. Erste »Reichstagswahlen« im Dritten Reich (92% Ja-Stimmen).

1. Dez. Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat: NSDAP Trägerin des dt. Staatsgedankens, Behörden haben den Partei- und SA-Dienststellen Amts- und Rechtshilfe zu leisten.

1934

20. Jan. Gesetz »zur Ordnung der nationalen Arbeit« (Förderung der Betriebsgemeinschaft, soziale Ehrengerichtsbarkeit).

26. Jan. Freundschaftsvertrag mit Polen.

30. Jan. Gesetz »über den Neubau des Reichs« (Ende der Länderhoheit, die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben, die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über).

14. Febr. Aufhebung des Reichsrats.

20. April Himmler wird Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes in Preußen.

30. Juni Hitler verhaftet in Bad Wiessee den Stabschef der SA, Röhm, mit der Behauptung, er sei das Haupt einer gegen ihn gerichteten Verschwörung und läßt ihn erschießen. Die Niederschlagung des »Röhm-Putschs« kostet mindestens 83 Menschen das Leben.

25. Juli Mißglückter Putsch der NSDAP in Wien. Bundeskanzler Dollfuß wird ermordet.

2. Aug. Tod des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Hitler vereinigt das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers und gibt sich den Titel »Führer und Reichskanzler«. (Vereidigung der Reichswehr auf Hitler.)

24. Okt. Verordnung über die »Deutsche Arbeitsfront« als »Organisation der schaffenden Deutschen der Stirn und der Faust«.



Vereidigung der Reichswehr auf den »Führer und Reichskanzler« Adolf Hitler

1935

13. Jan. Abstimmung im Saargebiet (90% für Deutschland, Rückgliederung 1. 3.).

16. März Einführung der allgemeinen Wehrpflicht (zunächst 1 Jahr Dienstzeit, dann auf 2 Jahre verlängert).

1.-14. April Konferenz zu Stresa, auf der sich Italien, Frankreich und England nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland gegen weitere Verletzungen des Versailler Vertrages verbinden und sich verpflichten, die Aufrechterhaltung der österreichi-

schen Selbständigkeit zu garantieren.

18. Juni Deutsch-britisches Flottenabkommen. (Stärkeverhältnis der Flotten Großbritanniens und Deutschlands 100:35.)

26. Juni Halbjährige Arbeitsdienstpflicht für alle Deutschen zwischen 18 und 25 Jahren eingeführt.

15. Sept. Gesetz »zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« auf dem Nürnberger Reichsparteitag (»Parteitag der Freiheit«) und Reichsbürgergesetz (Nürnberger Gesetze) zur Ausschaltung der Juden (»Ariernachweis«) verkündet.

1936

7. März Hitler läßt die Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und erklärt den Locarno-Vertrag unter Hinweis auf das zwischen Frankreich und Rußland geschlossene Bündnis für hinfällig, bietet Frankreich und England Nichtangriffspakt an und erklärt Bereitschaft zur Rückkehr in den Völkerbund.

29. März In einer sogen. Volksbefragung erklären sich 99% mit der Politik Hitlers einverstanden.

18. April Durch Gesetz wird der Volksgerichtshof als Sondergericht (erste und letzte Instanz) zur Aburteilung von Hoch- und Landesverrat sowie anderer politischer Straftaten gebildet.

1. Juni Eröffnung der Olympiade in Berlin.

18. Okt. Aufstellung eines Vierjahresplanes für die Wirtschaft. Göring mit der Durchführung beauftragt.

25. Okt. Deutsch-italienischer Bündnisvertrag begründet »Achse Berlin-Rom«.

18. Nov. Die »Legion Condor« wird gebildet, die auf Seiten Francos in den spanischen Bürgerkrieg eingreift.

25. Nov. Abschluß des »Antikomintern-Paktes« mit Japan.

1. Dez. Gesetz über die Hitlerjugend (»körperliche, geistige und sittliche Erziehung der gesamten deutschen Jugend«). Reichsjugendführer Baldur v. Schirach.

1937

30. Jan. Verlängerung des nationalsozialistischen Ermächtigungsgesetzes um vier Jahre.

5. Nov. Hitler entwirft vor den Oberbefehlshabern und dem Reichsaußenminister seine Kriegspläne (Niederschrift von Oberst Hoßbach).

6. Nov. Italien tritt dem Antikomintern-Pakt bei.

1938

4. Febr. Entlassung des Generalfeldmarschalls v. Blomberg und des Generalobersten v. Fritsch und Bildung des Oberkommandos der Wehrmacht unter Hitler als Oberbefehlshaber der Wehrmacht. Ribbentrop löst v. Neurath als Reichsminister des Äußeren ab.

13. März Besetzung und Anschluß Österreichs. Der österr. Bundeskanzler Schuschnigg mußte Hitler anläßlich eines Besuches Ende Februar die Aufnahme von National-

Das ist eine Lüge 93%



*Hitlers Einmarsch in die Tschechei war sein letzter
»friedlicher« Coup*

sozialisten ins Kabinett zusichern. Tumulte in Graz und Steiermark; Schuschnigg will binnen drei Tagen eine Volksabstimmung durchführen. Hitler fordert ultimativ den Rücktritt Schuschniggs; dessen Nachfolger Seyß-Inquart erbittet deutsche Truppen.

Lüge

27. Aug. Rücktritt des Generalstabschefs des Heeres, General Ludwig Beck.

28. Sept. Münchner Konferenz (Deutschland, Italien, England und Frankreich) regelt die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete und garantiert den Rumpfstaat der Tschechoslowakei.

30. Sept. Die deutsche Wehrmacht rückt in das Sudetengebiet ein.

29. Okt. Wiener Schiedsspruch der Achsenmächte. Polen und Ungarn erhalten Gebietszuweisungen aus der Tschechoslowakei.

9. Nov. Judenpogrom als »Vergeltung« und »Abrechnung« mit den Juden im ganzen Reich durchgeführt. Anlaß bot ein Attentat des polnischen Juden Grünspan auf den Angehörigen der deutschen Botschaft in Paris vom Rath. Synagogen werden niedergebrannt, jüdische Bürger verhaftet, deren Besitz geplündert.

6. Dez. Deutsch-französische
Nichtangriffserklärung.

1939

15. März Einmarsch der Wehrmacht in Böhmen und Mähren. Die Slowakei selbständiger, Deutschland höriger Staat, Böhmen und Mähren Reichsprotectorat.

23. März Deutsche Truppen marschieren in das Memelgebiet ein, das 1924 an Litauen gefallen war.

22. Mai Abschluß eines deutsch-italienischen Militärpakt (Stahlpakt).

23. Aug. Abschluß eines deutsch-russischen Nichtangriffs- und Konsultativpakt, dem ein Wirtschaftsabkommen vorausgeht. Geheimes Zusatzprotokoll teilt Ostpolen, Estland, Lettland, Finnland sowie Südosteuropa der russischen, Westpolen und Litauen der deutschen Interessenssphäre zu.

25. Aug. Hitler bietet England militärischen Schutz seines Empire an.

29. Aug. Hitler fordert nun den ganzen Korridor. Mussolinis Bemühungen um eine Fünfmächtekonferenz scheitern an Hitlers steigenden Forderungen. England und Polen schließen Freundschaftsvertrag mit Garantieerklärung. Polen mobilisiert, weitere Vermittlungsversuche Neutralen bleiben erfolglos.

1. Sept. Die deutsche Wehrmacht marschiert in Polen ein. Der Zweite Weltkrieg beginnt.

3. Sept. Englische und französische Kriegserklärung an Deutschland.

5. Sept. Die USA erklären ihre Neutralität und verhängen eine Ausfuhrsperr für Kriegsgerät.

27. Sept. Kapitulation Warschaus. Polen wird bis zum Bug deutsches Generalgouvernement.

30. Nov. Rußland überfällt Finnland («Winterkrieg»), das am 12. 3. 40 den Widerstand gegen die russische Übermacht aufgibt.

1940

9. April Deutsche Truppen landen in Norwegen, gleichzeitiger Überfall auf Dänemark. Ende April ist jeglicher Widerstand gebrochen.

10. Mai Deutscher Angriff auf Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich. Beginn des Westfeldzuges.

22. Juni Abschluß des deutsch-französischen Waffenstillstands im gleichen Eisenbahnwagen im Wald von Compiègne, in dem 1918 der Waffenstillstand abgeschlossen wurde.



*Kriegsausbruch. Vor dem Reichstag erklärt Hitler:
»Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen«*

August Deutsche Besetzung der englischen Kanalinseln und Beginn der Luftangriffe auf englische Flughäfen und Industrieanlagen, Angriffe auf London und Coventry. Die Angriffe werden mit Beginn des Winters eingestellt.

27. Sept. Abschluß eines Dreimächtepaktes zwischen Deutschland, Italien und Japan. (Volle gegenseitige Unterstützung auf die Dauer von 10 Jahren.)

18. Dez. Hitler erteilt die Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa) betreffend den Angriff auf die Sowjetunion, nachdem er am 12. Oktober den

Plan »Seelöwe« (Invasion Englands) auf unbestimmte Zeit verschoben hatte.

1941

Febr. Aufstellung eines deutschen Afrikakorps unter Rommel.

11. März Die USA verabschieden das Leih- und Pachtgesetz (Lend-Lease-Act) zur Unterstützung der deutschen Kriegsgegner.

6. April Einmarsch deutscher Truppen in Jugoslawien, nachdem der neue König Peter II. den Beitritt

zur Achse durch Prinzregent Paul widerrufen hatte. Gleichzeitiger Einmarsch in Griechenland. Innerhalb zwei Wochen ist Jugoslawien besetzt, Freischärler (Partisanen) halten sich in den Gebirgen, nach drei Wochen Einnahme Kretas durch Fallschirmtruppen.

6. Juni Das Oberkommando der Wehrmacht erläßt den »Kommissarbefehl«, nach dem die politischen Kommissare der Roten Armee als Träger der bolschewistischen Weltanschauung im demnächst beginnenden Rußlandfeldzug »grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen« sind.

18. Juni Abschluß eines deutsch-türkischen Freundschaftsvertrages.

22. Juni Beginn des Ostfeldzuges. Die deutsche Wehrmacht und Hilfstruppen Ungarns, Rumäniens, Italiens, Finnlands und der Slowakei (später weitere ausländische Freiwilligenverbände) rücken schnell bei deutscher Luftüberlegenheit vor. Vor Einbruch des Winters stehen deutsche Truppen vor Moskau. Kiew, Odessa und die Krim sind Ende Oktober besetzt. Der Winter bringt den Vormarsch zum Stehen.

31. Juli Göring beauftragt Heydrich mit der völligen Evakuierung der europäischen Juden.

14. Aug. Roosevelt und Churchill verkünden die Atlantik-Charta

(Freiheit zur See, Freiheit von Furcht, von Not und von Gewalt, Verzicht auf Gebietserwerb, freie Wahl der Regierungsform für alle Völker).

23. Sept. Im KZ Auschwitz wird mit »Versuchsvergasungen« begonnen.

28. Sept. Judenmassaker in Kiew (34 000 Tote).

11. Dez. Deutschland erklärt den USA den Krieg.

1942

13. Jan. Eine in London tagende Konferenz fordert Schritte für die Behandlung von Kriegsverbrechern nach dem Kriege, »um den Gerechtigkeitssinn der zivilisierten Welt zu befriedigen«. *Deutschland fordert das Gleiche für die Wehrmacht*

22. Jan. In der sogenannten Wannseekonferenz werden unter dem Vorsitz von SD-Chef Heydrich Maßnahmen zur »Endlösung der europäischen Judenfrage« beschlossen.

Nov. Die 6. Armee und Teile der rumänischen Armeen bei Stalingrad eingeschlossen. Hitler verbietet dem Oberbefehlshaber der 6. Armee, Generaloberst Paulus, einen Ausbruchversuch zu unternehmen. Rund 300 000 Soldaten bleiben eingeschlossen.



*Deutsche Stukas über dem
verwüsteten Stalingrad*

1943

24. Jan. Roosevelt bezeichnet in Casablanca als Kriegsziel die »bedingungslose Kapitulation« Deutschlands. *offenbar in Bezug auf Hitler*

2. Febr. In Stalingrad ergeben sich die übriggebliebenen etwa 100 000 Mann der 6. Armee. – Die Russen setzen zur großangelegten Gegenoffensive an, zumal infolge der englisch-amerikanischen Luftangriffe auf deutsche Rüstungszentren die mangelhafte Nachschubversorgung für die deutschen Truppen, insbesondere auch für die Luftwaffe, spürbar wird.

22. Febr. Hinrichtung der Geschwister Scholl, denen andere Studienfreunde und ihr Lehrer, Professor Dr. Kurt Huber, als Gesinnungsfreunde des Münchner studentischen Widerstandskreises, der »Weißen Rose«, in den Tod folgen.

13. Mai Kapitulation der letzten Achsen-Streitkräfte in Nordafrika.

11. Juni Himmler ordnet die Liquidierung der polnischen Ghettos an, deren erstes am 30. 4. 1940 in Lodz erstand.

10. Juli Landung der Alliierten auf Sizilien.

25. Juli Sturz Mussolinis und des faschistischen Regimes in Italien.

28. Nov.-1. Dez. Auf der Konferenz von Teheran beschließen die Alliierten für 1944 die Errichtung einer zweiten Front zur Entlastung der UdSSR. Ostpolen wird der UdSSR zugesichert und festgelegt, daß Polen auf Kosten Deutschlands entschädigt werden soll.

1944

6. Juni Invasion der Alliierten in Frankreich.

20. Juli Attentats- und Staatsstreichsversuch der deutschen Opposition auf Hitler.

25. Aug. Paris von den Alliierten besetzt.

27. Aug. Finnland bittet um Waffenstillstand.

Ende Aug. Rumänien streckt die Waffen. Besetzung durch russische Truppen, die nach Kriegserklärung auch Bulgarien besetzen.

Okt. Bildung des »Volkssturms« aus letzten, zumeist un ausgebildeten Kräften.

16. Dez. Beginn der Ardennenoffensive als letzter, erfolgloser Versuch, sich auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu behaupten, während im Osten die Russen auf die Reichsgrenze vorrücken.

1945

12. Jan. Aus den Weichselbrückenköpfen tritt die Rote Armee zum entscheidenden Angriff auf Deutschland an.

4.-11. Febr. Konferenz von Jalta. Roosevelt, Churchill und Stalin legen das endgültige militärische Vorgehen fest, sowie die Bedingungen für Besetzung, Kontrolle und Reparationen des besiegten Deutschland.

13. Febr. Amerikanischer Luftangriff auf das von Flüchtlingen überfüllte Dresden.



Konferenz von Jalta.
Von links: Stalin, Roosevelt und Churchill

8. März Die Alliierten setzen bei Remagen über den Rhein.

25. April Westalliierte und Rote Armee treffen sich bei Torgau.

29. April Kapitulation der deutschen Truppen in Oberitalien.

30. April Selbstmord Hitlers in Berlin. Dönitz neues Staatsoberhaupt.

2. Mai Kapitulation Berlins.

7. Mai In Reims unterzeichnen für die deutsche Wehrmacht Generaloberst Alfred Jodl und General-

admiral von Friedeburg die bedingungslose Kapitulation.

8. Mai In Berlin unterzeichnen gegenüber dem russischen Marschall Schukow der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Keitel, Generaladmiral von Friedeburg und Generaloberst Stumpff die Kapitulationsurkunde. Der amtierende Reichsaußenminister Graf Schwerin von Krosigk gibt über den Sender Flensburg das Ende des Krieges in Europa bekannt.

15. Mai In Prag beginnt der Aufstand gegen die Deutschen, der fast



*Kapitulation vor den Russen.
Von links: Stumpff, Keitel und Friedeburg*

500 000 Tote im ganzen Land fordert.

23. Mai Verhaftung des Großadmirals Dönitz in Flensburg.

5. Juni Deutschland wird in den Grenzen vom 31. 12. 1937 in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Die Besatzungsmächte übernehmen die oberste Regierungsgewalt.

21. Juni Die alliierten Truppen (einschl. der franz.) ziehen sich in die festgelegten Besatzungszonen zurück bzw. nehmen von dem ihnen zugewiesenen Land Besitz. Die sowjetische Militäradministration übernimmt von den Amerikanern Sachsen und Thüringen, von den Engländern Teile der Provinz Sachsen und Mecklenburgs.

17. Juli-2. Aug. Potsdamer Konferenz: Stalin, Truman, Churchill (der am 29. 7. von seinem Nachfolger Attlee abgelöst wird) legen die weitere Behandlung Deutschlands fest.

6. Aug. Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima (die zweite Atombombe wurde am 9. 8. auf Nagasaki geworfen). Kapitulation Japans erfolgt am 2. 9. 1945.

16. Aug. Ein sowjetisch-polnisches Abkommen regelt die Grenzziehung zwischen den beiden Staaten und legt dabei die »endgültige« Grenze auch in Ostpreußen fest.

11. Sept. Die alliierten Mächte proklamieren ein unabhängiges Österreich. (Die Rückgabe Südtirols wird von der Londoner Außenministerkonferenz abgelehnt.)

Darstellt ihnen nicht zu, nichtig

19. Sept. Durch Proklamation Nr. 2 des Obersten Befehlshabers der amerikanischen Streitkräfte werden »Verwaltungsgebiete gebildet, die von jetzt ab als Staaten bezeichnet werden«.

19. Okt. »Schuldbekennntnis« des Rates der Evangelischen Kirchen Deutschlands.

20. Nov. Beginn des Prozesses vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg (durch Abkommen von London vom 8. 8. 45 geschaffen). Urteilsverkündung am 1. 10. 46: Todesurteile gegen Göring (der sich durch Selbstmord der Hinrichtung in der Nacht vom 15./16. 10. 46 entzog), v. Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Sauckel, Jodl, Seyß-Inquart, Bormann (in Abwesenheit), lebenslänglich Zuchthaus für Heß, Funk, Raeder, 20 Jahre Gefängnis für Schirach, Speer, 15 Jahre v. Neurath, 10 Jahre Dönitz, Freispruch für Schacht, v. Papen, Fritzsche. In den Jahren 1946-49 führen die Vereinigten Staaten in Nürnberg in eigener Zuständigkeit 12 weitere Verfahren gegen 199 Angeklagte durch. Ergebnis: 36 Todesurteile, 23 lebenslängliche, 102 zeitliche Freiheitsstrafen, 38 Freisprüche.

Die Vertreter der Anklage

Vereinigte Staaten von Amerika: Hauptankläger: Justice Robert H. Jackson

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland: Hauptankläger: S.M. Generalstaatsanwalt Sir Hartley Shawcross, K.C., M.P.

Französische Republik: Hauptankläger: François de Menthon, Auguste Chempetier de Ribes

Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken: Hauptankläger: General R.A. Rudenko

Die Angeklagten und ihre Verteidiger

Einzelangeklagte:

Göring, Hermann
Heß, Rudolf

v. Ribbentrop, Joachim

Ley, Robert
Keitel, Wilhelm
Kaltenbrunner, Ernst
Rosenberg, Alfred
Frank, Hans
Frick, Wilhelm
Streicher, Julius
Funk, Walter
Schacht, Hjalmar

Dönitz, Karl

Raeder, Erich
v. Schirach, Baldur
Sauckel, Fritz

Verteidiger:

Dr. Otto Stahmer
Dr. Günther v. Rohrscheidt
(bis 5. 2. 1946)
Dr. Alfred Seidl
(ab 5. 2. 1946)
Dr. Fritz Sauter
(bis 5. 1. 1946)
Dr. Martin Horn
(ab 5. 1. 1946)

Dr. Otto Nelte
Dr. Kurt Kauffmann
Dr. Alfred Thoma
Dr. Alfred Seidl
Dr. Otto Pannenbecker
Dr. Hanns Marx
Dr. Fritz Sauter
Dr. Rudolf Dix
Prof. Dr. Herbert Kraus
Flottenrichter
Otto Kranzbühler
Dr. Walter Siemers
Dr. Fritz Sauter
Dr. Robert Servatius

Jodl, Alfred

Bormann, Martin
v. Papen, Franz
Seyß-Inquart, Arthur
Speer, Albert
v. Neurath, Konstantin

Fritzsche, Hans

Krupp v. Bohlen und
Halbach, Gustav

Prof. Dr. Franz Exner
Prof. Dr. Hermann Jahreiss
Dr. Friedrich Bergold
Dr. Egon Kubuschok
Dr. Gustav Steinbauer
Dr. Hans Flaechsner
Dr. Otto Frhr. v. Lüding-
hausen
Dr. Heinz Fritz
Dr. Alfred Schilf
Dr. Theodor Klefisch
Dr. Walter Ballas
(bis 15. 11. 1945)

Angeklagte Gruppen und Organisationen

Reichskabinett, Führerkorps der NSDAP, SS und SD, SA, Gestapo,
Generalstab und Oberkommando der Deutschen Wehrmacht.

Der internationale Militärgerichtshof in Nürnberg, die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Gerichtshofes:

Lordrichter Lawrence,

Mitglied für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nord-
irland, Vorsitzender

Richter Birkett,

Stellvertretendes Mitglied

Francis Biddle,

Mitglied für die Vereinigten Staaten von Amerika

Richter John J. Parker,

Stellvertretendes Mitglied

Professor Donnedieu de Vabres,

Mitglied für die Französische Republik

Appellationsgerichtsrat R. Falco,

Stellvertretendes Mitglied

Generalmajor I.T. Nikitschenko,

Mitglied für die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken

Oberstleutnant A.F. Wolchkow,

Stellvertretendes Mitglied

Literaturverzeichnis

Monika Harter
Kaiserstuhlstr. 39
79331 Nimburg
Telefon 0 76 63 - 94 87 51
Telefax 0 76 63 - 94 87 52

- Allard, Sven: Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930 bis 1941. Bern und München 1974.
- Andrus, B.C.: The Infamous of Nuremberg. London 1969.
- Aroneanu, Eugène: Das Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Baden-Baden 1947.
- Aschenauer, Rudolf: Zur Frage einer Revision der Kriegsverbrecherprozesse. Nürnberg 1949.
- Aschenauer, Rudolf: Landsberg. München 1951.
- Bader, Karl: Zum Nürnberger Urteil, in: Deutsche Rechtszeitschrift, 1946.
- Belgion, Montgomery: Victor's Justice. Chicago 1949.
- Biddle, Francis: In Brief Authority. New York 1962.
- Bollmus, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Stuttgart 1970.
- Bosch, William J.: Judgment on Nuremberg, Chapel Hill, N.C., 1970.
- Boveri, Margret: Der Diplomat vor Gericht. Berlin und Hannover 1948.
- Brennecke, Gerhard: Die Nürnberger Geschichtsentstellung. Tübingen 1970.
- Bross, Werner: Gespräche mit Hermann Göring während des Nürnberger Prozesses. Flensburg/Hamburg 1950.
- Broszat, Martin: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945. Stuttgart 1961.
- Buchheim, Hans, Broszat, Martin, Jacobsen, Hans-Adolf, Krausnick, Helmut: Anatomie des SS-Staates. 2 Bde. Band 1: Die SS - Das Herrschaftsinstrument, Befehl und Gehorsam; Band 2: Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung. Freiburg/Br. 1965.
- Bullock, Alan: Hitler: A Study in Tyranny. London 1952.
- Das Urteil von Nürnberg 1946. Mit einer Vorbemerkung von Herbert Kraus. München 1961.
- Davidson, Eugene: The Trial of the Germans. New York 1966.
- Dennet, Raymond, Johnson, Joseph E. (Hrsg.): Negotiating with the Russians (enthält Sidney S. Alderman: Negotiating the Nuremberg Trial Agreements, 1945), n.p. 1951

- Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939-1941. Dokumente des Auswärtigen Amtes. Hrsg. Alfred Seidl. Tübingen 1949.
- Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. 4 Bde. München 1965.
- Dror, Yehezkel: Verrückte Welt. Politischer Wahnsinn und seine Bekämpfung. Stuttgart 1975.
- Einsele, Helga, Feige, Johannes, Müller-Dietz, Heinz: Die Reform der lebenslangen Freiheitsstrafe, in: Beiträge zur Strafvollzugswissenschaft, Heft 10, Stuttgart 1972.
- Feingold, Henry L.: The Politics of Rescue, New Brunswick, New Jersey 1970.
- Fest, Joachim: Hitler. Berlin 1973.
- Frank, Hans: Im Angesicht des Galgens. München-Gräfelfing 1953.
- Friedensburg, F.: Die sowjetischen Kriegslieferungen an das Hitlerreich, in: Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, 1962.
- Gerhard, Eugene C.: Americas Advocate: Robert H. Jackson. Indianapolis/New York 1958.
- Gilbert, G.M.: Nuremberg Diary. London und New York 1948; deutsche Ausgabe: Nürnberger Tagebuch. Frankfurt 1962.
- Görlitz, Walter: Keitel. Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs des OKW. Göttingen 1961.
- Graveson, R.H.: Der Grundsatz »nulla poena sine lege« und Kontrollratsgesetz Nr. 10, in: Monatschrift für Deutsches Recht, Dezember 1947.
- Grewe, Wilhelm, Küster, Otto: Nürnberg als Rechtsfrage. Stuttgart 1947.
- Gründler, Gerhard E., Manikowsky, Arnim von: Das Gericht der Sieger. Oldenburg und Hamburg 1967.
- Gutachten und Denkschriften über das IMT und die Nürnberger Nachfolgeprozesse, u.a. von Henri Donnedieu de Vabres (25.6.1949), Franz Exner (4.1.1946), Gilbert Gidel (18.8.1949), Carl Haensel (5.8.1947), Erhard Heinke (28.1.1947), Erich Kaufmann (27.10.1948 und 15./20.7.1949), Theodor Klefisch (5.6.1946 und August 1947), Herbert Kraus (25.5.1946, 15.6.1946, 10.5.1947, 8.6.1947, 10.1.1948, 10.4.1948 und 18.6.1949), Günther Lummert (Juli 1947), Hermann Mosler (15.2.1946, 2.3.1946 und 7.5.1947), Ch. Rousseau (27.7.1949), Eberhard Schmidt (1.11.1946), Robert Servatius (15.2.1946) und Eduard Wahl (21.5.1948): Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen.
- Haensel, Carl: Das Gericht vertagt sich. Aus dem Tagebuch eines Nürnberger Verteidigers. Hamburg 1950.
- Halder, Franz: Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939-1942. Hrsg. Arbeitskreis für Wehrforschung Stuttgart. 3 Bde. Stuttgart 1962/63/64.
- Harris, Whitney R.: Tyranny on Trial. Dallas 1954.
- Heydecker, Joe J., Leeb, Johannes: Der Nürnberger Prozeß. Bilanz

- der Tausend Jahre. 5. Auflage, Köln und Berlin 1958.
- Hilberg, Paul: *The Destruction of the European Jews*. Chicago 1961.
- Hillgruber, Andreas: Die »Endlösung« und das deutsche Ostproblem als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalismus, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2/72.
- Höhne, Heinz: *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*. Hamburg 1966 und Gütersloh 1967.
- Hyde, H. Montgomery: *Norman Birkett*. London 1964.
- Jackson, Robert H.: *The Nürnberg Case*. New York 1947.
- Jaspers, K.: *The Significance of the Nürnberg Trials for Germany and the World*, in: *Notre Dame Lawyer*, 1946/47.
- Jodl, Luise: *Jenseits des Endes. Leben und Sterben des Generaloberst Alfred Jodl*. Wien/München/Zürich 1976.
- Kelley, Douglas M.: *22 Männer um Hitler. Erinnerungen des amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis*. Bern 1947. Amerikanische Ausgabe: *22 Cells in Nuremberg*.
- Kelsen, Hans: *The Rule against ex post facto Laws and the Prosecution of the Axis War Criminals*, in: *The Judge Advocate Journal*, Vol. 2.
- Kempner, Robert M.W.: *The Nuremberg Trials as Sources of Recent German Political and Historical Material*, in *The American Political Science Review*, 1950.
- Kempner, Robert M.W.: *SS im Kreuzverhör*. München 1964.
- Kempner, Robert, M.W.: *Das Dritte Reich im Kreuzverhör*. München und Eßlingen 1969.
- Kempner, Robert M.W.: *Ankläger einer Epoche* 1983.
- Knieriem, August von: *The Nuremberg Trials*. Chicago 1959.
- Koller, Karl: *Der letzte Monat. Die Tagebuchaufzeichnungen des Chefs des Generalstabes der deutschen Luftwaffe vom 14. April bis 27. Mai 1945*. Mannheim 1949.
- Kranzbühler, Otto: *Rückblick auf Nürnberg*. Hamburg 1949.
- Latenser, Hans: *Verteidigung deutscher Soldaten*. Bonn 1950.
- Lippe, Victor Freiherr von der: *Nürnberger Tagebuch-Notizen, November 1945 bis Oktober 1946*. Frankfurt 1951.
- Martin, Bernd: *Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg 1939–1942. Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft*, Bd. 6. Düsseldorf 1974.
- Maser, Werner: *Nürnberg, Tribunal der Sieger*. Düsseldorf 1977.
- McCloy, Donald R., Zobrist, Benedict K. (Hrsg.): *Conference of Scholars on the Administration of Occupied Areas, 1943–1955, April 10–11, 1970, at the Harry S. Truman Library (Independence, Mo., 1970)*.
- Mommsen, W.: *Die Akten der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und die Möglichkeit ihrer historischen Auswertung*. *Der Archivar. Mitteilungsblatt für deutsches Archivwesen*. Düsseldorf, 11. Jg., H. 1.

- Pfahlmann, H.: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Darmstadt 1968.
- Radbruch, Gustav: Des Reichsministeriums Ruhm und Ende. Zum Nürnberger Juristenprozeß, in: Süddeutsche Juristenzeitung, 1948, Sp. 57.
- Rees, J.R. (Hrsg.): The Case of Rudolf Heß. New York 1948.
- Ribbentrop, Joachim von: The Ribbentrop Memoires. London 1954.
- Ribbentrop, Joachim von: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Leoni 1961.
- Sauer, Wilhelm: Zum Begriff der Kollektivschuld, in: Deutsche Rechtszeitschrift, 1947.
- Schirach, Baldur von: Ich glaubte an Hitler. Hamburg 1967.
- Schirach, Henriette von: Der Preis der Herrlichkeit. Wiesbaden 1956.
- Seraphim, Hans-Günther: Erschließung der Nürnberger Prozeßakten, in: Der Archivar, Nr. 28/75.
- Smith, Bradley F.: Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg - Anatomie einer Urteilsfindung. Frankfurt/Main 1977.
- Speer, Albert: Spandauer Tagebücher. Berlin 1975.
- Steinbauer, Gustav: Ich war Verteidiger in Nürnberg. Klagenfurt 1950.
- Taylor, A.J.P.: The Origins of the Second World War. New York 1961.
- Taylor, Telford: Nürnberg und Vietnam. Eine amerikanische Tragödie. München/Wien/Zürich 1971.
- Veale, F.J.P.: Advance to Barbarism. Appleton, Wisconsin, 1953.
- Weber, Helmuth von: Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Handeln auf Befehl, in: Monatschrift für Deutsches Recht, 1949.
- West, Rebecca: A Train of Power. New York 1955.
- Whaley, Baron: Codeword Barbarossa. Cambridge, Mass., 1973.
- Wheeler Bennett, Nichols, John W., Nichols, Anthony: The Semblance of Peace. New York 1974.
- Woetzel, Robert K.: The Nuremberg Trials in International Law. London/New York 1962.

Am 3.
Pigeon
Ward
auf ab
Am
dem
zus
WWI